

Payam Foroughi

Politische Entwicklungen und Menschenrechte in Tadschikistan: vertane Chancen – ungewisse Zukunft

Hintergrund

Ein weißer Fleck auf der Landkarte Eurasiens – so könnte man Tadschikistan, einen der postsowjetischen Staaten in Zentralasien, angesichts der Tatsache, dass ihm von der Außenwelt so gut wie keine Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, beschreiben. Die weltweite Gleichgültigkeit gegenüber Tadschikistan ist auf mindestens drei Gründe zurückzuführen. Einer davon ist das Fehlen leicht ausbeutbarer Ressourcen. Tadschikistan ist zwar reich an Wasser und Bodenschätzen, es fehlt ihm aber – anders als Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan – an kommerziell verwertbarem Öl und Erdgas, das hohe Exporterträge sichern würde. Mit Ausnahme von Baumwolle, Aluminium und bescheidenen Gold- und Silbervorkommen sind Tadschikistans Rohstoffvorkommen in der unwegsamen Landschaft versprengt; sie sind in der Regel nur schwer zugänglich und damit auch nicht leicht zu erschließen.

Der zweite Grund ist, dass Tadschikistan von den globalen Machtzentren weit entfernt ist. Als die ärmste der ehemals sowjetischen, postkommunistischen Republiken und einer der am weitesten östlich gelegenen neuen unabhängigen Staaten ist Tadschikistan – sowohl physisch als auch psychologisch – von Washington und Brüssel weit entfernt, von denen es im Allgemeinen auch nicht wahrgenommen wird. Allerdings werden die – bislang zumeist wirtschaftlichen – Beziehungen Pekings mit seinen westlichen Nachbarn, einschließlich Tadschikistans, zunehmend enger.

Der dritte Grund ist Tadschikistans gefährliche Nachbarschaft. Der tadschikische Außenminister und ehemalige Botschafter des Landes bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Hamrochon Sarifi, stellte mit nur leichter Übertreibung fest, dass Tadschikistan sich „direkt an der Front und am gefährlichsten Punkt befindet, an dem internationaler Terrorismus, Extremismus und Drogenkriminalität aufeinandertreffen“.¹ Aufgrund der Nähe zu Afghanistan und der gemeinsamen 1.400 Kilometer langen und durchlässigen Grenze ist Tadschikistan seit dem 11. September 2001 für westliche Mächte von strategischer Bedeutung. Allerdings ist es in dieser Hinsicht nicht als Land an sich wichtig, sondern vielmehr als ein Objekt bzw. ein Territorium, das den NATO-Streitkräften auf dem Weg nach

¹ Permanent Mission of the Republic of Tajikistan to the OSCE, Statement by Mr. Hamrokhon Zarifi, Minister for Foreign Affairs of the Republic of Tajikistan, at the 856th Meeting of the OSCE Permanent Council, Vienna, 31 March 2011, PC.DEL/287/11, 31. März 2011, S. 2 (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

Afghanistan „uneingeschränkte Überflug- und Transitrechte“² gewährt und als „strategischer Pufferstaat“³ gegen Extremismus, Terrorismus und Drogenhandel betrachtet wird. Die Haltung des Westens gegenüber Tadschikistan ist daher insgesamt realpolitisch begründet. Die Sorge um Menschenrechte und Demokratie bleibt eher rhetorisch und tritt insbesondere gegenüber harten Sicherheitsinteressen in den Hintergrund.

Ohne die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Faktoren herunterspielen zu wollen, sind die Probleme im heutigen Tadschikistan jedoch in erster Linie historisch begründet und reichen sowohl in die sowjetische als auch in die vorsowjetische Vergangenheit zurück. Vor der Gründung der Sowjetunion existierte Tadschikistan weder dem Namen nach noch in seinen heutigen Grenzen. Bis 1920 gehörte das Gebiet, das heute Tadschikistan heißt, größtenteils zum damaligen Emirat Buchara. Tadschikistan ist eine sowjetische Erfindung. Aufgrund seiner über 70 Jahre währenden starken finanziellen und technischen Abhängigkeit von Moskau war es von allen Republiken am schlechtesten für die Unabhängigkeit gerüstet. Das zeigte sich in dem katastrophalen Bürgerkrieg (1992-1997), der rund 50.000 Menschenleben forderte, Gebäude und Infrastruktur im großen Umfang zerstörte und zu politischer und wirtschaftlicher Stagnation führte.

Tadschikistans heutige Probleme sind jedoch auch sowjetischer Erstarrung geschuldet. Die zum Ende der Sowjetzeit von Michail Gorbatschow eingeleiteten Reformen reichten nicht aus und kamen zu spät. Wären Perestroika und Glasnost, die zur „Absage an das totalitäre System, zu Rede-, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie zu mehr Freizügigkeit und [schließlich] zu [etwas] mehr politischem und wirtschaftlichem Pluralismus“⁴ führten, zehn Jahre früher, also Mitte der 70er statt Mitte der 80er Jahre, in die Wege geleitet worden und wäre es gelungen, die UdSSR in eine Föderation umzuwandeln, in der die Teilrepubliken „als souveräne Staaten innerhalb einer dezentralisierten demokratischen Union hätten existieren“⁵ können (wofür sich 1991 rund 70 Prozent der sowjetischen Bevölkerung ausgesprochen hatten), wäre die Erlangung staatlicher Unabhängigkeit vermutlich für die Republiken entweder unnötig gewesen oder hätte, falls doch gewünscht, nicht solch zerstörerische Folgen für Tadschikistan gehabt. Wie sich herausstellte, hinterließ der Zusammenbruch der Sowjetunion ein riesiges Machtvakuum und führte zu wirtschaftlicher und politischer Not. In Kombination mit dem daraus resultierenden blutigen Bürgerkrieg, latenten ethnischen und regionalen Rivalitäten, Armut und der fehlenden historischen Erfahrung natio-

2 US embassy cables: „Cronyism and corruption“ hinder reform in Tajikistan, in: The Guardian, 12. Dezember 2010, unter: <http://www.guardian.co.uk/world/us-embassy-cables-documents/248969>.

3 Struan Stevenson, Address to Majilis, 30. Mai 2011, unter: http://www.struanstevenson.com/media/speech/struan_stevenson_-_tajikistan_visit_-_address_to_majilis_30_may_2011/.

4 Mikhail Gorbachev, Perestroika Lost, in: New York Times, 14. März 2010.

5 Ebenda.

naler Eigenstaatlichkeit machte dies Tadschikistans postkommunistische Transformation ausgesprochen schwierig.

Politische Entwicklungen von Januar 2009 bis Juni 2011

Trotz einer turbulenten Transformation ist es Tadschikistan gelungen, einen Zustand relativen Friedens und – fragiler – Stabilität zu erreichen. Der tadschikische Friede, den die Unterzeichnung des Moskauer Abkommens zwischen der Regierung und der Vereinigten Tadschikischen Opposition (VTO) im Jahr 1997 herbeigeführt hatte, hat jedoch weder zu einer politisch pluralistischeren Gesellschaft noch zu einer demokratischen Regierungsform geführt. Ursachen hierfür sind die Nichteinhaltung der von der Regierung eingegangenen Verpflichtungen, die Verfolgung oppositioneller Gruppen und das ungerechtfertigte strafrechtlich Vorgehen gegen sie sowie die generelle Unterdrückung legitimer abweichender Meinungen. Macht ist in Tadschikistan stärker zentralisiert als je zuvor, und es gibt so gut wie keine Gewaltenteilung. Präsident Emomali Rachmon, der seit fast zwei Jahrzehnten an der Spitze des Staates steht, kontrolliert – nach dem Gesetz und, wichtiger noch, in der Praxis – alle drei Staatsgewalten. Er ernennt die Richter, den Militärstaatsanwalt, den Generalstaatsanwalt sowie alle Gouverneure der vier Provinzen und ihrer 56 Bezirke. Gleichzeitig übt er die beinahe vollständige Kontrolle über das Unterhaus des Parlaments mit seinen 63 Abgeordneten aus, das praktisch ein Abnickverein ist und weder in der Lage noch willens zu sein scheint, seine gesetzgeberische Unabhängigkeit wahrzunehmen.⁶ Präsident Rachmons autoritärer Regierungsstil zeichnet sich zudem durch einen ausgeprägten Personenkult und weitverbreiteten Klientelismus aus. Nichtsdestoweniger findet Rachmons Regime noch immer die Zustimmung der Mehrheit der tadschikischen Öffentlichkeit, sei es aufgrund eines gewissen Pragmatismus und der – teilweise auf zwei Jahrzehnte sich stetig verschlechternder Bildungsmöglichkeiten zurückgehenden – fehlenden politischen Versiertheit, sei es aufgrund ihrer traumatischen Bürgerkriegserfahrungen und des Fehlens tragfähiger politischer Alternativen. In einer im Dezember 2009 von der *International Foundation for Electoral Systems* (IFES) durchgeführten Meinungsumfrage vor den Parlamentswahlen stimmten 83 Prozent der Befragten der Aussage „Tadschikistan ist eine Demokratie“ zu. Sofern diese Zahl seriös ist, ist sie im Vergleich zu ähnlichen Erhebungen in den Jahren 2004 (74 Prozent) und 1996 (39 Prozent) erheblich gestiegen. Obwohl das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2006 bis 2010 durchschnittlich beeindruckende 6,3 Prozent betrug, ist Tadschikistan gemessen am Pro-Kopf-Einkommen noch immer der ärmste Staat im Gebiet der früheren Sowjetunion und des ehemaligen kommunistischen Blocks. Allerdings ist die Ar-

6 Vgl. Payam Foroughi, Tajikistan, in: Christopher Walker (Hrsg.), *Nations in Transit 2010: Democracy and Dissent*, Freedom House, New York 2010, S. 501-518.

mutsrates Berichten zufolge in den vergangenen Jahren gesunken; demnach lebten Ende 2009 nur noch 50 Prozent der Bevölkerung unterhalb der von der Weltbank festgelegten Armutsgrenze, 2003 waren es noch 73 Prozent. Während die Regierung sich diesen Trend gerne als ihr Verdienst anrechnen lassen würde, ist der wichtigste Grund hierfür in Wirklichkeit die Überweisung großer Geldsummen durch die mehr als eine Million Tadschiken, die größtenteils im Niedriglohnsektor in Russland (und in geringerer Zahl in Kasachstan) arbeiten. Der Geldtransfer an ihre Familien in Tadschikistan belief sich 2009 und 2010 auf geschätzte 35 bzw. 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Nach Angaben der Weltbank liegt der Anteil damit höher als in jedem anderen Land der Welt.⁷ Vor dem Hintergrund der in Tadschikistan allgegenwärtigen Korruption ist es der Regierung außerdem nicht gelungen die Binnenwirtschaft dadurch anzukurbeln, dass sie günstige Bedingungen für kleine und mittlere Betriebe schafft und sie so in die Lage versetzt, tadschikisches und ausländisches Kapital in größerem Umfang anzuziehen. Sie hat zwar Gelder für größere und kleinere Bauprojekte – von Schulen bis zu Wasserkraftwerken – im ganzen Land aufgewendet, gleichzeitig aber nach wie vor erhebliche finanzielle Mittel in nationale Prestigeprojekte investiert. So bezahlte die Regierung 2011 beispielsweise für die Errichtung des mit 165 Metern höchsten Fahnenmasts der Welt in der Hauptstadt Duschanbe (der damit den bis dahin größten Fahnenmast der Welt in Aserbaidschan um drei Meter überragt) Schätzungen zufolge rund 30 Millionen US-Dollar.

In den Jahren 2009 und 2010 war Tadschikistan von demokratischer Stagnation und einer Verschlechterung der Sicherheitslage geprägt. Im Januar 2009 entließ Präsident Rachmon im Zuge einer Kabinettsumbildung Innenminister Machmadnasar Solechow, der angeblich Selbstmord beging, als Regierungsbeamte versuchten, ihm einen Haftbefehl zuzustellen. Wenige Monate später wurde der frühere VTO-Kommandeur und Ex-Minister für Katastrophenschutz, Mirso Sijojew, zusammen mit elf seiner Kameraden, darunter fünf russische Muslime, im Bezirk Tawildara im Osten Tadschikistans unter mysteriösen Umständen getötet. Danach beschuldigte die Regierung Sijojew und seine Gefährten des Drogenschmuggels, der Mitgliedschaft in der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) und des Putschversuchs. Bei dem Vorfall handelte es sich jedoch möglicherweise um eine Abrechnung seitens der Regierung, bei der gleichzeitig eine vermeintliche Bedrohung für das Rachmon-Regime beseitigt wurde.⁸ Der damalige Anführer der IBU, Tahir Joldaschew, bestritt, dass Sijojew und seine Männer der IBU angehörten. Vermutet wird jedoch auch, dass die Vorfälle im Osten Tadschikistans mit der Intensivierung des Krieges in Afghanistan zusammenhängen, die möglicherweise dazu geführt hat, dass tadschikische Aufständische und religiöse Extre-

7 Vgl. Remittances, in: *The Economist*, 11. November 2010, unter: <http://www.economist.com/node/17467174>; vgl. ebenso Payam Foughi, Tajikistan, in: Christopher Walker (Hrsg.), *Nations in Transit 2011: The Authoritarian Dead End in the Former Soviet Union*, Freedom House, New York 2011, S. 533-551.

8 Vgl. Foughi, a.a.O. (Anm. 6), S. 507.

misten, die zuvor nach Afghanistan geflohen waren, nun wieder einsickerten.⁹

Vieles spricht dafür, dass der Sturz der Regierung in Kirgisistan im April 2010 die tadschikische Herrschaftselite aufgeschreckt hat; so wies Präsident Rachmon unmittelbar nach den Ereignissen Regierungsbeamte an, den Sorgen der einfachen Bürger mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Chancen für eine sogenannte „farbige Revolution“ sind in Tadschikistan derzeit allerdings äußerst gering. Gründe dafür sind, a) dass Hunderttausende potenzieller Triebkräfte des Wandels das Land verlassen haben, Angehörige der beruflichen Elite ebenso wie normale arbeitsfähige Bürger, die hauptsächlich nach Russland abgewandert sind, um dort zu leben und zu arbeiten, einige von ihnen für immer; b) dass Tadschikistans Zivilgesellschaft noch immer extrem schwach, unkoordiniert, teilweise inkompetent und größtenteils unpolitisch ist und c) dass die Erinnerung an den Bürgerkrieg eine ängstliche Bevölkerung hervorgebracht hat, die eine als stabil wahrgenommene Situation politischem Wandel vorzieht. Gleichwohl ist die Wahrscheinlichkeit sporadischer Unruhen angesichts der anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Stagnation im Lande unverändert hoch. So mündete z.B. im Juni 2011 ein Fußballspiel in der südtadschikischen Stadt Kulob in gewaltsame Ausschreitungen, als einheimische Fans das Gefühl hatten, der Schiedsrichter begünstige die auswärtige Mannschaft, deren Kapitän Präsident Rachmons Sohn Rustam Emomali war. Infolge steigender Lebensmittelpreise, hoher Arbeitslosigkeit, allgegenwärtiger Vetternwirtschaft und Korruption sowie des weitverbreiteten Misstrauens gegenüber den Sicherheitskräften und der Justiz können ähnliche „Fußballunruhen“¹⁰ und auch sporadische, stärker politisch motivierte Gewaltausbrüche kurz- bis mittelfristig nicht ausgeschlossen werden.

Im Mai 2010 starb Abduldshalil Hamidow, Gegner Präsident Rachmons und ehemaliger Gouverneur der Provinz Sughd, 65-jährig in einem Gefängnis in Duschanbe, in dem er eine 16-jährig Haftstrafe aufgrund mehrerer Anklagen wegen staatsgefährdender Handlungen absaß. Hamidow war einst ein Verbündeter Rachmons und unterstützte ihn bei seinem Aufstieg zur Macht. Er war 2001 verhaftet worden, nachdem er nach Tadschikistan gekommen war, um an der Beerdigung seiner Schwester teilzunehmen; Berichten zufolge hatte er zuvor zwei Jahre in der usbekischen Hauptstadt Taschkent verbracht, wo er sich vor den tadschikischen Strafverfolgungsbehörden versteckt hielt.¹¹ Später wurde er vor dem Obersten Gerichtshof angeklagt. Hamidow ist nach dem stellvertretenden Vorsitzenden der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIW), Schamsiddin Schamsiddinow, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der nicht zugelassenen Partei *Taraqqiyot* („Fortschritt“), Rustam Faisi-

9 Vgl. Economist Intelligence Unit (EIU), Country Report Tajikistan September 2009, London, 15. September 2009.

10 Vgl. Economist Intelligence Unit (EIU), Country Report Tajikistan June 2011, London, 15. Juni 2011.

11 Einzelheiten dazu unter: <http://news.tj/en/news/former-head-sughd-district-abdujalil-homidov-be-buried-today-his-home-village-ispisor>.

jew, der dritte prominente Oppositionelle, der in den letzten Jahren im Gefängnis gestorben ist (Schamsiddinow starb 2008, Faisijew 2009).¹²

Im August 2010 töteten 25 Gefängnisinsassen, die wegen mehrerer staatsgefährdender Straftaten lange Haftstrafen verbüßten, fünf Wachleute, brachten sich in den Besitz von Schusswaffen und flohen aus der Haftanstalt, die vom berüchtigten tadschikischen Nationalen Sicherheitskomitee (auch „KGB“ genannt) betrieben wurde und als eine der sichersten des Landes galt. Der Ausbruch zog die ansonsten eher seltene Kritik des Justizministeriums am offensichtlichen Missmanagement und der laxen Leitung des Gefängnisses nach sich und kurze Zeit später wurde der Leiter des Nationalen Sicherheitskomitees, Chairiddin Abdurachimow zusammen mit dreien seiner Stellvertreter von Präsident Rachmon entlassen, der umgehend Saimumin Jatimow, einen ehemaligen tadschikischen Botschafter bei der EU und der OSZE, zum neuen Leiter des Nationalen Sicherheitskomitees ernannte.¹³ Im September 2010 erlebte Tadschikistan das erste Selbstmordattentat überhaupt auf seinem Boden, als in der im Norden gelegenen Provinz Sughd ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug vor dem Hauptsitz der Polizeibehörde zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität explodierte. Drei Menschen starben und zwei Dutzend wurden bei dem Anschlag verletzt, für den die Behörden zunächst die IBU verantwortlich machten. Nur Tage später brachen im Osten des Landes heftige Kämpfe aus, bei denen mehrere mutmaßliche Rebellen, zahlreiche Regierungssoldaten, unter ihnen 28 zumeist junge und arme Rekruten, deren Konvoi in einen Hinterhalt geriet, und 30 Angehörige einer Spezialeinheit der Polizei, deren Hubschrauber abgeschossen wurde, ums Leben kamen.¹⁴ Die Regierung machte die früheren VTO-Kommandeure Alowuddin Dawlatow (auch bekannt unter dem Namen „Ali Bedak“) und Abdullo Rachimow („Mullo Abdullo“) für den Angriff auf den Konvoi der tadschikischen Streitkräfte verantwortlich. Anfang Januar 2011 gaben die Behörden bekannt, dass es tadschikischen Spezialeinheiten gelungen sei, Dawlatow und sieben seiner Männer bei einer Spezialoperation in einem Dorf in der Region Garm zu töten, ein ähnliches Schicksal soll Rachimow im April ereilt haben. Nach Angaben von Innenminister Abdurachim Kacharow hatten die Garm-Rebellen die Absicht, „eine internationale terroristische Gruppe“ in Tadschikistan aufzubauen.¹⁵ Die Version, die die Regierung darüber verbreitete, wie Dawlatow zu Tode kam, sollte jedoch bald in ernste Zweifel gezogen werden.

Im Februar 2010 hielt Präsident Rachmons Regime Parlamentswahlen ab, die, wenig überraschend, zahlreiche Mängel aufwies. Fast alle Beobachter hatten die Ergebnisse bereits vor der Abstimmung vorausgesagt und einige

12 Vgl. Foroughi, a.a.O. (Anm. 7), S. 540.

13 Vgl. Economist Intelligence Unit (EIU), Country Report Tajikistan September 2010, London, 13. September 2010.

14 Vgl. Foroughi, a.a.O. (Anm. 7), S. 538.

15 BBC, Vazorati kišvari Točikiston: „Alii Bedaki kušta šud“ [Tadschikisches Innenministerium: „Ali Bedak getötet“], 11. Januar 2011, unter: http://www.bbc.co.uk/tajik/news/2011/01/110104_if_rasht.shtml.

waren sogar der Meinung, dass die Millionen Euro aus Steuergeldern zumeist westlicher Bürger für eine 279 Mitglieder starke Wahlbeobachtungsmission, die gemeinsam von der OSZE und dem Europaparlament entsandt worden war, um „eine Farce von Demokratie zu beobachten“,¹⁶ reine Verschwendung gewesen seien. Abgesehen von einigen Änderungen, die 2004 am Gesetz über die Parlamentswahlen aus dem Jahr 1999 vorgenommen worden waren, hatte man nichts weiter unternommen, um etliche durchaus vorhandene Konzepte für eine Wahlreform umzusetzen. Der Abschlussbericht des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) über die Beobachtermission zu den Parlamentswahlen in Tadschikistan im Jahr 2010 enthüllte lediglich die üblichen, nur lückenhaft dokumentierten Mängel, mit denen Wahlen in Tadschikistan behaftet sind. Neben technischen Einzelheiten und einem in dem Bericht des BDIMR sogar enthaltenen Lob äußert dieser dennoch auch deutliche Kritik: Die Beobachter stellten fest, dass die Wahlen „zahlreiche wichtige OSZE-Verpflichtungen [...] und andere internationale Normen für demokratische Wahlen nicht erfüllt haben“.¹⁷ Es wurde auch auf die weit verbreitete (in Tadschikistan verbotene) Übertragung des Stimmrechts auf Dritte und das mutmaßliche Vollstopfen der Wahlurnen hingewiesen. Vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit wurde jedoch der vereinzelt aufgetretenen Einschüchterung von Kandidaten und Schikanierung von Oppositionsparteien geschenkt. Laut Angaben der tadschikischen Zentralen Kommission für Wahlen und Referenden, deren Wahrheitsgehalt höchst zweifelhaft ist, haben mehr als 85 Prozent der Wahlberechtigten an den Wahlen teilgenommen. Folgende Parteien erhielten einen Stimmenanteil, der über der Fünf-Prozent-Hürde lag: die herrschende Volkdemokratische Partei (VDP, 70,6 Prozent), die PIW (8,2 Prozent), die Kommunistische Partei (7,0 Prozent), die Agrarpartei (5,1 Prozent) und die Partei der Wirtschaftsreformen (5,0 Prozent).¹⁸ Damit entfielen 55 Sitze im Unterhaus des Parlaments auf die VDP, jeweils zwei Sitze auf die oppositionelle PIW und die Kommunisten. Ebenfalls jeweils zwei Sitze erhielten die Agrarpartei und die Partei für Wirtschaftsreformen, von denen bekannt ist, dass sie von den Behörden erfunden worden waren, um den Schein eines politischen Pluralismus gegenüber naiven westlichen Kritikern zu wahren.

Die Oppositionsparteien waren mit den Wahlergebnissen zu Recht unzufrieden. Der Vorsitzende der PIW, Muhiddin Kabiri, behauptete, seine Partei habe landesweit wahrscheinlich 30 Prozent der Stimmen gewonnen, der Führer der Kommunisten, Schodi Schabdalow, nannte die Wahlen „eine Parodie“ und der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (SDP), Rachmatillo Soirow, dessen Partei angeblich weniger als ein Prozent der Stimmen erhalten hatte und folglich nicht ins Parlament einziehen konnte, bezeichnete die

16 Foroughi, a.a.O. (Anm. 7), S. 538.

17 OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Republic of Tajikistan, Parliamentary Elections, 28 February 2010, OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, Warschau, 6. Juli 2010, S. 3, unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/69061>.

18 Vgl. ebenda, Anhang: Final Distribution of Seats, S. 33.

Wahlen als „ungerecht und undemokratisch“. Soirow behauptete, die SDP habe zwölf Prozent der Stimmen auf sich vereint, und warf der VDP die „Enteignung der Regierungsgewalt“ vor. Von der Kritik unbeeindruckt bezeichnete Präsident Rachmon die Wahlen vom Februar 2010 in einer Rede vor dem neugewählten Parlament als „transparent und demokratisch“. Ironischerweise hätte das Regime es gar nicht nötig gehabt, die Wahlen zu manipulieren, um seinen Sieg zu sichern, da die Regierungspropaganda und die politisch ungebildete Bevölkerung trotz massiver ökonomischer, sozialer und politischer Probleme höchstwahrscheinlich den Wahlsieg der VDP ohnehin auch in fairen Wahlen sichergestellt hätten.

Als Ziele seiner Regierung hob Präsident Rachmon 2010 vor allem „Energiesicherheit, die Beendigung der Blockade [im zwischenstaatlichen Verkehr] sowie die Gewährleistung von Nahrungssicherheit“ hervor.¹⁹ Zur Finanzierung des Wasserkraftwerks von Roghun, von dem die Regierung hofft, dass es das Energiedefizit des Landes lindert und dem Staat hohe Einkünfte aus dem Export von Elektrizität in die Kassen spült, drängte die Regierung die Bevölkerung – und zwang sie schließlich – dazu, Projektaktien zu erwerben. Ende 2010 waren Aktien im Gegenwert von 185 Millionen US-Dollar verkauft, das sind rund fünf Prozent des geschätzten Kapitals, das zur Fertigstellung Roghuns erforderlich war. Wenn der Roghun-Staudamm letztendlich mit der Hilfe internationaler Investoren fertig gebaut sein wird, wird er der höchste Staudamm in der ganzen Welt sein und Tadschikistan mit einer Leistung von potenziell jährlich 3,6 Gigawatt zum größten Pro-Kopf-Stromerzeuger machen. Das Projekt trifft jedoch sowohl auf politische als auch auf wirtschaftliche Hindernisse. Nachbar Usbekistan bezeichnet Roghun als Bedrohung für die Umwelt und behauptet, dass der Staudamm ihm Wasser für die Bewässerung der Baumwollindustrie entziehen werde;²⁰ ein ausländischer Investor zur Finanzierung des Projekts ist gleichwohl noch nicht gefunden. Die Weltbank hat eine Begutachtung des Roghun-Projekts in sozialer und ökologischer Hinsicht in Auftrag gegeben und für den Fall einer positiven Bewertung finanzielle Unterstützung zugesagt.

Einer Erhebung von IFES aus dem Jahr 2009 zufolge befürworten 64 Prozent der Tadschiken einen säkularen Staat, 25 Prozent heißen die Verabschiedung einiger islamischer Gesetze gut und sieben Prozent wünschen sich eine islamische Regierung. 2010 warnte Präsident Rachmon vor den Gefahren des islamischen Extremismus und sagte, es gebe fundamentalistische Geistliche, die den Frieden im Lande bedrohen könnten. Er forderte außerdem Tausende junger tadschikischer Männer, die an islamischen Schulen in Pakistan und im Nahen Osten studierten, mit der Begründung, dass viele von ihnen anderenfalls zu Terroristen werden würden, zur Rückkehr auf. Die Regierung hat da-

19 Address by the President of the Republic of Tajikistan His Excellency Emomali Rahmon to the People of Tajikistan, 5. Januar 2010, unter: http://www.president.tj/eng/news_050110.html.

20 Vgl. Foroughi, a.a.O. (Anm. 7), S. 539.

rüber hinaus Hunderte mutmaßlicher Islamisten für illegal erklärt und unter dem Vorwurf des Extremismus verhaftet. Im Februar 2009 verbot der Oberste Gerichtshof die *Salafiyya*, eine nicht gewalttätige, zumeist unpolitische, allerdings fundamentalistische Gruppe. Die ideologisch radikale und fanatische – wenn auch nicht gewalttätige – *Hizb ut-Tahrir* („Partei der Befreiung“) war zu dem Zeitpunkt bereits verboten. Der Gerichtshof setzte außerdem ein früheres Verbot einer weiteren muslimischen Gruppe, *Jama'at Tablighi* („Gemeinschaft der Verkündung und Mission“), wieder in Kraft, stellte anschließend Dutzende ihrer Mitglieder vor Gericht und brachte sie ins Gefängnis.²¹ Olivier Roy, ein prominenter Islamexperte (und der erste Leiter der OSZE-Mission in Tadschikistan) hatte zuvor die transnationale Bewegung *Jama'at Tablighi* als „völlig apolitisch und gesetzestreu“²² bezeichnet. Ein Gesetz über elterliche Pflichten aus dem Jahr 2011 verbietet den Besuch von Moscheen (und Kirchen) von Kindern unter 18 Jahren. Nicht wenige Beobachter sind der Meinung, dass die repressiven Methoden der tadschikischen Regierung zur Bekämpfung eines mutmaßlichen islamischen Extremismus, wie z.B. das Verbot islamischer Gruppen, willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen und Gefängnisstrafen, sich als kontraproduktiv erweisen und sogar eher zur Ausbreitung als zur Unterdrückung von Extremismus führen könnten.²³ In seinen Reden hob Präsident Rachmon wiederholt sowohl die „tadschikische Nation“ als auch die hanafitische Rechtsschule des sunnitischen Islams hervor. Im September 2009 verabschiedete die Regierung ein neues Sprachgesetz, mit dem Tadschikisch zur Staatssprache gemacht wurde; Russisch wird nicht mehr als „Sprache der interethnischen Kommunikation“ aufgeführt (allerdings steht es als solche noch in der Verfassung). Zusammengefasst haben die neuen Religions- und Sprachgesetze das Potenzial, nichtethnische Tadschiken, nichthanafitische Muslime, Nichtmuslime und oppositionelle hanafitische Islamisten zu diskriminieren.²⁴ Was die Verhaftung mutmaßlicher islamischer Extremisten angeht, ist z.B. völlig unklar, wie ein „unterfinanziertes, demoralisiertes und korruptes“ Strafvollzugssystem Radikalismus verhindern oder Einzelne resozialisieren soll.²⁵

Die OSZE-Mission, Tadschikistan und die Menschenrechte

Die OSZE nahm ihre Tätigkeit in Tadschikistan im Februar 1994 auf. Die Mission in Tadschikistan war die erste OSZE-Mission in Zentralasien. Sie hatte den Auftrag, den Aufbau von Institutionen zu fördern, bei der Erarbeitung einer Verfassung behilflich zu sein, demokratische Wahlen zu organisie-

21 Vgl. ebenda, S. 535 und 542-543.

22 Olivier Roy, Search for a Perfect World of Islam, in: Le Monde Diplomatique, Mai 2002.

23 Vgl. Foroughi, a.a.O. (Anm. 7), S. 537.

24 Vgl. Foroughi, a.a.O. (Anm. 6), S. 503.

25 International Crisis Group, Central Asia: Islamists in Prison, Asia Briefing Nr. 97, 15. Dezember 2009.

ren und die Menschenrechtsslage im Land zu überwachen. Im Rahmen ihres Menschenrechtsschwerpunkts konzentrierte sich die Mission vor allem auf drei Dinge: politische Gefangene, den Schutz tadschikischer Flüchtlinge, die aus Afghanistan zurückkehrten, wo sie Zuflucht vor dem tadschikischen Bürgerkrieg gesucht hatten, und auf die Bekämpfung von Misshandlungen durch die Sicherheitskräfte.²⁶ Mit der Durchführung von Projekten wollte die OSZE zunächst die akute Notlage im Land lindern, in dem nicht einmal die Erfüllung der grundlegenden Sicherheits- und Lebensbedürfnisse der Bevölkerung gewährleistet war. Schon bald machte sich die OSZE jedoch einen „quasi-entwicklungspolitischen Ansatz“²⁷ zu Eigen und begann die Projektarbeit dem politischen Dialog in Tadschikistan und in Zentralasien insgesamt vorzuziehen und die postsowjetischen Führungen in der Region zu hofieren, von denen einige Beobachter den Eindruck hatten, dass sie die Aktivitäten der OSZE gerne eingeschränkt oder die OSZE-Missionen in der Region am liebsten ganz geschlossen hätten. Die Betonung der Projektarbeit von Vor-Ort-Missionen in Ländern wie Tadschikistan hat sich zu einer Art institutioneller Krankheit entwickelt, die ich „Projektomanie“ nennen möchte. An die Stelle der Beobachtung, Berichterstattung und politischen Arbeit ist zunehmend die Beschäftigung mit oftmals redundanten, ja manchmal sogar kontraproduktiven Projekten getreten und so auch quasi zum *Modus Operandi* des OSZE-Büros in Tadschikistan²⁸ geworden.

Ungeachtet der hehren Ziele in den drei Dimensionen versuchte das OSZE-Büro in Tadschikistan *de facto* eine Präsenz im Lande aufrechtzuerhalten, die der europäischen und amerikanischen Agenda der Bekämpfung des von Afghanistan ausgehenden Terrorismus, Extremismus und Drogenhandels folgt und so mit dazu beiträgt, dass Tadschikistan als Pufferzone für westliche Sicherheitsinteressen erhalten bleibt. Das Büro nimmt damit eine extrem konservative und übertrieben vorsichtige Haltung ein und nutzt seinen politischen Einfluss nicht dazu, echte Reformen im rechtsfreien Sicherheitssektor (Nationales Sicherheitskomitee und Innenministerium) und in der korrupten Justiz zu bewirken. Im Berichtszeitraum hat das Büro dem Vernehmen nach keine ernsthaften Menschenrechtsrecherchen betrieben oder ihre guten Beziehungen zu den Organen des Sicherheitssektors dazu genutzt, Folter oder Misshandlung von Verdächtigen zu verhindern.

-
- 26 Vgl. Olivier Roy, The Role of the OSCE in the Peace Process of Tajikistan, in: Roald Z. Sagdeev/Susan Eisenhower (Hrsg.), Central Asia: Conflict, Resolution and Change, Washington 1995, S. 311-319, hier: S. 314.
- 27 Vladimir D. Shkolnikov, Missing the Big Picture? Retrospective on OSCE Strategic Thinking on Central Asia, in: Security and Human Rights 4/2009, S. 294-306, hier: S. 294-295.
- 28 Der Einfachheit halber wird im vorliegenden Beitrag durchgehend der Name „OSZE-Büro in Tadschikistan“ verwendet. Von Juni 1994 bis Oktober 2002 trug die Mission die Bezeichnung „OSZE-Mission in Tadschikistan“, von Oktober 2002 bis Juni 2008 war sie unter dem Namen „OSZE-Zentrum in Duschanbe“ bekannt. Am 1. Juli 2008 wurde die Präsenz in „OSZE-Büro in Tadschikistan“ umbenannt.

In seinem im Frühjahr 2011 in einer Lokalzeitung veröffentlichten Kommentar bezeichnete der Eigentümer der Nachrichtenagentur *Avesta*, Safar Abdullojew, große Teile des nationalen Polizeiapparats als „unehrlich, korrupt und sogar explizit kriminell [...] oder auch nur einfach ungebildet und unzivilisiert“. Er berichtete vom fehlenden Willen des Innenministeriums, das Problem der Korruption in der Polizei zu lösen, was an einer zu vermutenden „finanziellen Pyramide der Bestechung und der Annahme von Bestechungsgeldern, die bis in die obersten Führungsspitzen reicht“ und der „alltäglichen und systematischen“ missbräuchlichen Behandlung der Bürger durch die Polizei, einschließlich der Anwendung von Folter und Gewalt, liege.²⁹ In den letzten zehn Jahren, insbesondere angesichts der Ausweitung des sogenannten „Krieges gegen den Terrorismus“ auf Zentralasien, scheint die Anwendung von Schlägen und Folter seitens tadschikischer Sicherheitskräfte im schlimmsten Fall zugenommen zu haben oder bestenfalls unverändert geblieben zu sein. Die Regierung verfolgt eine Strategie der Verhaftung, Misshandlung und Folter all jener, denen Extremismus und terroristische Handlungen unterstellt werden, und verurteilt sie in Schauprozessen, obwohl viele von ihnen in Wirklichkeit möglicherweise unschuldig sind. Folter und Misshandlungen finden zumeist in den frühen Phasen der Haft und vor der Gerichtsverhandlung statt, da die Ermittler der Polizei und der Sicherheitskräfte versuchen, Geständnisse von den Gefangenen zu erzwingen. Zu den Misshandlungsmethoden gehört u.a. die Anwendung von Elektroschocks, auch wird von der Vergewaltigung Gefangener berichtet. Dass Richter Foltervorwürfen nachgehen, ist selten bis nie der Fall.³⁰

Ein nichtsahnender Sicherheitsbeamter der mittleren Ebene sagte im Herbst 2010 bei einem Runden Tisch zum Thema Folterprävention, der vom Büro des Hohen Kommissars der VN für Menschenrechte (OHCHR) veranstaltet wurde: „Wenn man sie nicht ein paarmal schlägt, legen sie kein Geständnis ab.“ Das ist für die Denkweise tadschikischer Regierungsbeamter nicht untypisch. In den Medien liest man regelmäßig Berichte über Verdächtige, die an den Folgen von Misshandlungen gestorben sind. Im Juni 2009 starb Chursched Bobokalonow, ein Facharzt am tadschikischen Onkologiezentrum, nachdem er mutmaßlich von Polizisten in Duschanbe geschlagen worden war.³¹ Safarali Sangow starb im März 2011 vier Tage nach seiner Verhaftung in Polizeigewahrsam. Nach Augenzeugenberichten war er ebenso wie andere Mitglieder seiner Familie, darunter Kinder und eine schwangere Frau, von Polizisten geschlagen worden. Die Regierung klagte zwar drei Polizisten wegen „Fahrlässigkeit“ an, lehnte weitergehende Vorwürfe jedoch ab. Der

29 BBC Monitoring Central Asia Unit, Tajik Commentary Calls for Restoring Tarnished Police Reputation, 9. Juni 2011.

30 Vgl. Amnesty International, Tajikistan: A Coalition of Non-governmental Organizations is Calling on the Government to End Torture and Fulfil its International Obligations, Öffentliche Erklärung vom 26. Juni 2011.

31 Vgl. Economist Intelligence Unit (EIU), Country Report Tajikistan June 2010, London, 14. Juni 2010.

Staatsanwalt behauptete, Sangows Tod sei ein Unfall gewesen, und unterstellte sogar, er habe sich die Verletzungen selbst zugefügt, indem er sich auf der Polizeistation gegen einen Schrank und eine Wand geworfen habe.³²

Zum Thema Polizeiunterstützungsprogramme für Zentralasien schreibt David Lewis, ein Mitarbeiter des Instituts für Friedensforschung der Universität Bradford, der OSZE mangle es an einer „Gesamtstrategie“, von „klaren Kriterien“ für das „politische Umfeld“, das notwendig sei, damit eine solche Unterstützung wirksam sein kann, ganz zu schweigen. Was man sieht, ist in der Tat eine Reihe von „Ad-hoc-Projekten von zweifelhaftem Wert, die die zentralen Menschenrechtsverpflichtungen und demokratischen Prinzipien der OSZE untergraben“.³³ Es gibt nicht nur keinen Beleg dafür, dass die OSZE-Unterstützung zu einer Reduzierung der Polizeibrutalität in Tadschikistan – und den meisten anderen zentralasiatischen Staaten – geführt hat, die Unterstützung könnte vielmehr sogar kontraproduktiv sein. Das OSZE-Programm zur Bekämpfung „transnationaler Sicherheitsbedrohungen“ wie Terrorismus, Drogenhandel und organisierte Kriminalität wird von den Regimen, u.a. dem tadschikischen, dazu benutzt, „ihre eigenen repressiven innenpolitischen Sicherheitsmaßnahmen zu rechtfertigen“. Lewis empfiehlt der OSZE, ihre Programme zur Polizeiunterstützung und zur Sicherheitssektorreform zu überprüfen und sie direkt an Menschenrechte und politische Entwicklung zu koppeln.

In Tadschikistan ist die Polizeireform – ebenso wie die angeblich laufende Justiz- und Gefängnisreform – eine Art Trick. Die einzigen nachweislichen Reformmaßnahmen sind vordergründig, wie z.B. die Übertragung der nominellen Kontrolle der Gefängnisse vom Innenministerium auf das Justizministerium oder die vorgeschlagene Umbenennung der „Milizija“ in „Polizija“ sowie verschiedene Ausbildungs- und technische Hilfsprojekte, die arglose Geldgeber anziehen sollten. In einem OSZE-Polizeiunterstützungsprojekt in Tadschikistan wurden Berichten zufolge seit 2007 mehr als 100.000 Euro für ein Hundeausbildungszentrum für das Innenministerium ausgegeben. Ein großer Teil des Betrags floss dabei im Rahmen eines Vertrags, dem keine Ausschreibung vorangegangen war, in die Errichtung und Sanierung von Gebäuden und in die Beschaffung von Ausrüstung. Die Hunde, die dort ausgebildet und betreut werden sollten, starben aufgrund von Vernachlässigung. Es ist nicht bekannt, welchen Nutzen – wenn überhaupt – ein teures und schlecht durchgeführtes Hundetrainingsprojekt für Tadschikistan in Bezug auf seine OSZE-Verpflichtungen hatte. In einer Pressemeldung wurde vor Kurzem von einem ähnlichen Projekt berichtet, bei dem von den USA zur Verfügung ge-

32 Vgl. Amnesty International, a.a.O. (Anm. 30).

33 David Lewis, Reassessing the Role of OSCE Police Assistance Programing in Central Asia, Open Society Foundations, Central Eurasia Project, Occasional Paper Series Nr. 4, April 2011, S. 6-7 (Hervorhebung im Original).

stellte ausgebildete Hunde von Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitskomitees misshandelt oder verkauft wurden.³⁴

Das Gefängnisreformprogramm der Regierung (Gesetz Nr. 533, 2003), das 2008 abgeschlossen sein und das Gefängnisssystem umgebildet haben sollte, gilt im Allgemeinen ebenfalls als Farce, die zu keinerlei spürbaren Veränderungen der Haftbedingungen oder des Befindens der Inhaftierten geführt hat. Tadschikistan verweigert u.a. nach wie vor dem weltweit geachteten Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Routinebesuche in Gefängnissen, was 2008 vom damaligen Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Finnlands Außenminister Alexander Stubb, anlässlich eines Treffens mit Präsident Rachmon in Duschanbe auch angesprochen wurde. Die Regierung weigert sich ebenfalls, das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) zu ratifizieren, das ein von den VN und den nationalen Regierungen gebilligtes Inspektionssystem zur Verhütung von Folter vorsieht. Der Hauptgrund dafür, dass der Zugang zu den Gefängnissen verweigert wird, ist offensichtlich Korruption. Das staatliche Gefängnisssystem untersteht formal dem Justizministerium, an seiner Spitze steht ein Verwandter von Präsident Rachmon, Generalleutnant Isatullo Scharipow, der von der US-Botschaft als „berühmter ehemaliger Kriegsherr“ beschrieben wird, „der Gerüchten zufolge sowohl korrupt als auch grausam“³⁵ und „in den Drogenhandel verstrickt“³⁶ sein soll. Es besteht der Verdacht, dass die 19 Gefängnisse in Tadschikistan kollektiv als ein lukratives pyramidales „Lehengut“ geleitet werden. Seit Tadschikistan die Unabhängigkeit erlangt hat, gab es 13 große Amnestien; nach Angaben von Fattoch Saidow, dem Leiter der 2007 gegründeten staatlichen Agentur für Finanzkontrolle und den Kampf gegen Korruption, mussten alle im Rahmen der Amnestie im September 2009 entlassenen Häftlinge Schmiergeld zahlen.

Auch wenn Tadschikistans Gefängnisse für systematische Inspektionen durch unabhängige Beobachter geschlossen bleiben, gibt es durchaus Besuchsmöglichkeiten für internationale Organisationen, diplomatische Vertretungen und die OSZE; solche Besuche können nicht nur große Symbolkraft haben, sondern auch etwas bewirken. In den vergangenen sechs Jahren hat das OSZE-Büro jedoch nur zweimal tadschikische Gefängnisse aufgesucht: Im Jahr 2005 besuchte der französische Leiter der Mission, Botschafter Alain Couanon, den inhaftierten Journalisten Dschumboij Tolibow in Uroteppa (heute Istarausch). Der Besuch trug entscheidend dazu bei, dass die örtlichen Behörden schließlich dem Beschluss des Obersten Gerichtshofs des Landes folgten

34 Vgl. Farangis Najibullah, Tajik Border Guards Dogged by Animal Neglect Allegations, Radio Free Europe, 5. September 2011, unter: http://www.rferl.org/content/tajik_border_guards_dogged_by_animal_neglect_allegations/24318854.html.

35 US Embassy Cable, Human Rights Defender Reports on Prison Conditions, 3. April 2007, unter: <http://www.cablegatesearch.net/cable.php?id=07DUSHANBE500>.

36 US Embassy Cable, Red Cross Reduces Mission; Tajik Government Prohibits Full Access, 20. Juli 2007, unter: <http://www.cablegatesearch.net/cable.php?id=07DUSHANBE1086>.

und Tolibow noch am selben Tag freiließen. Das zweite Mal war ein informeller Besuch des Menschenrechtsreferenten des Büros im Jahr 2007 in einem Gefängnis in Jowon, bei dem er mit zu Unrecht inhaftierten Asylbewerbern zusammentraf. Durch den Besuch konnten wichtige Informationen über den Hintergrund der Inhaftierten gewonnen werden. Damit und mit der Unterstützung des damaligen Missionsleiters, des russischen Botschafters Wladimir F. Prjachin, sowie der Intervention des Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der VN (UNHCR) konnte letztendlich die Entlassung der beiden Gefangenen sichergestellt werden. Das Büro intervenierte ebenso im Jahr 2008 im Falle eines ehemaligen Guantanamo-Häftlings, der unter Missachtung der VN-Antifolterkonvention bei seiner Rückkehr nach Tadschikistan von den USA dem tadschikischen Nationalen Sicherheitskomitees übergeben worden war. Ihm wurde der Kontakt zu seiner Familie ebenso verweigert wie rechtlicher Beistand und er drohte misshandelt zu werden. Nach Angaben des ehemaligen Häftlings und seines in Washington ansässigen Anwalts scheint die Mitwirkung des Büros auch in diesem Fall insofern entscheidend gewesen zu sein, als sie zu einer menschenwürdigen Behandlung durch das tadschikische Nationale Sicherheitskomitee und letztendlich zu seiner Freilassung geführt hat.

Alles in allem waren die Bemühungen des OSZE-Büros, Tadschikistan Hilfestellung bei der Gefängnis- und Justizreform zu leisten, eher planlos, ihnen fehlte eine übergreifende und langfristige Strategie. Trotz guter Initiativen – wie z.B. der 2008 und 2009 gemeinsam mit der *Association for the Prevention of Torture*, der tadschikischen Regierung und den wichtigsten NGOs veranstalteten, höchst erfolgreichen Seminare zu den Vorteilen des Zugangs zu Gefängnissen und der Ratifizierung des OPCAT – hat das Büro insgesamt, insbesondere in den letzten Jahren, der Zusammenarbeit mit den Behörden in Fragen von politisch-militärischer Bedeutung Vorrang vor Menschenrechten eingeräumt. Die 2010 und 2011 durchgeführten Menschenrechtsprojekte – wie z.B. die Antifolterschulung und die Runden Tische für regionale Behörden, die Bereitstellung teurer Berater für das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte, die Finanzierung teurer Besichtigungsfahrten und Konferenzen nach Wien und auf den Balkan für lustlose Regierungsbeamte – sind zwar theoretisch attraktiv, insgesamt aber eher kosmetischer Natur und stellen für das Büro eine Möglichkeit dar, ihr Budget auszugeben und gleichzeitig gute Beziehungen zu den tadschikischen Behörden sicherzustellen. Wichtiger noch ist, dass das Büro kaum ernsthafte Bemühungen zu unternehmen scheint, um Misshandlungen und Folter durch Regierungsorgane, denen Hilfe durch zumeist von westlichen Steuerzahlern finanzierte OSZE-Projekte in Tadschikistan zuteil wird, zu verhindern.

Zwei mutmaßliche Misshandlungsfälle betreffen Nematillo Botakosijew und Ilhom Ismonow, die sich beide 2010 im Gewahrsam der (dem Innenministerium unterstellten) tadschikischen Polizei und von Agenten des Nationalen Sicherheitskomitees befanden. Äußerst glaubwürdige Berichte u.a. von einer

Reihe von Berichterstatern der Vereinten Nationen (zum Fall Botakosijew) und von *Amnesty International* (zu Ismonow) enthüllten schwere Rechtsverletzungen und Verstöße gegen das Recht auf ordentliche Verfahren; so war es z.B. nicht möglich, rechtzeitig, unter vier Augen oder (im Falle Botakosijews) überhaupt Zugang zu einem Rechtsanwalt zu erhalten; auch wurde von physischen oder psychischen Misshandlungen und Folter (u.a. durch Einschüchterung, Schläge oder Übergießen mit kochendem Wasser im Falle Ismonows) berichtet. Obwohl das OSZE-Büro in Tadschikistan über beide Fälle informiert war, bestand seine einzige bekannte Reaktion dem Vernehmen nach darin, eine *Note verbale* zum Botakosijew-Fall zu schreiben, und das auch nur, nachdem Besorgnisse einer in Paris ansässigen NGO über den Fall publik gemacht worden waren.³⁷ Diese Beispiele zeigen, dass das Büros in Sachen Menschenrechte generell weder initiativ wird noch eingreift. So hat das Büro es z.B. trotz der entscheidenden Bedeutung, die persönlichen Beziehungen bei der Lösung von Problemen in Zentralasien zukommt, in mehreren Fällen versäumt, von seinen guten Kontakten Gebrauch zu machen, die es innerhalb der Regierung, insbesondere zum Nationalen Sicherheitskomitee, dessen Agenten verdächtigt werden, in den beiden genannten Fällen Folter angewendet zu haben, sowie zu dessen Leiter, einem ehemaligen tadschikischen Botschafter bei der OSZE in Wien, Saimumin Jatimow, hat. Ebenso wenig hat das Büro seinen finanziellen Einfluss, den es durch seine laufenden Projekte im Umfang von mehreren Hunderttausend Euro, die es mit dem Innenministerium und dem Nationalen Sicherheitskomitee durchführt, dazu genutzt, Misshandlungen und Folter durch eben diese Organe zu verhindern. Und selbst die Tatsache, dass eines der größten Projekte des Büros (Minenräumung und Grenzmanagement), das sich über fast ein Jahrzehnt hinzog und Millionen Euro verschlungen hat, mit dem Nationalen Sicherheitskomitee durchgeführt wurde, spielte keine Rolle.

Die Regierung lässt massenhaft mutmaßliche Extremisten festnehmen und stellt sie vor Gericht, ohne das Recht auf ordentliche Gerichtsverfahren groß zu berücksichtigen. Fast alle als Extremisten Verdächtige werden misshandelt oder gefoltert, vor der Erzwingung der Geständnisse wird ihnen kein Rechtsbeistand gewährt. Hin und wieder sucht die Regierung ihre tatsächlichen oder imaginären Gegner im Ausland. Im Oktober und November 2009 verurteilte ein Gericht im Norden der Provinz Sughd beispielsweise acht mutmaßliche IBU-Mitglieder, darunter Anwar Kajumow, dem vorgeworfen wurde, ein lokaler Anführer der IBU zu sein. Kajumow war Anfang 2009 von Afghanistan, wo er im Gefängnis gesessen hatte, ausgeliefert worden und wurde in Tadschikistan zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Aufgrund der berüchtigten Bilanz Tadschikistans, was die Verletzung der Rechte von Gefangenen angeht, wurde Kajumows Auslieferung von einigen Beobachtern als Verstoß gegen die Antifolterkonvention durch den ausweisenden Staat, also

37 Vgl. FIDH, Tadjikistan: Arbitrary Detention of a Kyrgyz Human Rights Defender, 17. März 2010, unter: <http://www.fidh.org/Tajikistan-Arbitrary-detention-of>.

Afghanistan (auf das die USA massiven Einfluss haben), kritisiert.³⁸ Im Januar 2010 lieferte Kasachstan einen weiteren IBU-Verdächtigen, Idris Sattorow, an Tadschikistan aus. Im Gegensatz zu Tadschikistan sind die Gefängnisssysteme Afghanistans und Kasachstans wesentlich offener und ermöglichen Rechtsanwälten und dem IKRK einen besseren Zugang zu den Gefangenen. Der US-amerikanische Anwalt von Omar Abdulajew, dem einzigen im Gefangenenlager Guantánamo verbliebenen tadschikischen Staatsangehörigen, warnte 2009 davor, dass sein Klient mit Folter und ungerechtfertigtem Freiheitsentzug rechnen müsse, wenn er nach Tadschikistan zurückgeführt würde.³⁹

Die bereits erwähnte Tötung des mutmaßlichen Extremisten Alowuddin Dawlatow ist ein gutes Beispiel für den völligen Unwillen der Regierung, Menschenrechte in den Mittelpunkt des Vorgehens ihrer Sicherheitsorgane zu stellen. Sie zeigt auch die mangelnde Bereitschaft des OSZE-Büros, daran etwas zu ändern. Im November 2010, nach dem Beschuss des Armeekonvois und dem mutmaßlichen Abschuss des Hubschraubers der Spezialeinheit der Polizei im Osten Tadschikistans, teilte der Leiter des Nationalen Sicherheitskomitees den tadschikischen Medien mit, dass die Operation der Regierungstreitkräfte in der im Osten Tadschikistans gelegenen Region Garm „nahezu beendet“ und „die kleine Gruppe Aufständischer bald vernichtet“ sei.⁴⁰ Im Januar 2011 gaben die Behörden schließlich bekannt, dass Dawlatow und mehrere seiner Gefährten in einem vier Stunden dauernden Gefecht mit Regierungssoldaten getötet worden seien. Der staatliche Fernsehsender zeigte Filmmaterial, auf dem die halbnackten Leichen Dawlatows und einer Reihe weiterer Männer, angeblich Mitkämpfer Dawlatows, zu sehen waren, die nach Angaben der Regierung bei dem Schusswechsel getötet worden waren. In der ersten Februarwoche kursierte jedoch ein Video unter vielen der fast sechs Millionen tadschikischen Handy-Besitzer, in dem ein verängstigter, bärtiger Mann ohne Hemd zu sehen war, der dem Mann, dessen Leiche das Fernsehen einige Wochen zuvor gezeigt hatte, verblüffend ähnlich sah. Der Mann, der während des Verhörs misshandelt wurde, saß mit hinter dem Rücken gefesselten Händen auf dem Rücksitz eines geparkten Wagens. Neben ihm saß auf jeder Seite ein Mann in einer Armeuniform. Einer der Männer – er hatte einen Schnurrbart und trug eine Kopfbedeckung, die das Barett eines Angehörigen der Spezialeinheiten des tadschikischen Innenministeriums (*Otrjad Milizii Osobogo Nasnatschenija*, OMON) zu sein schien – war mit einer Pistole bewaffnet, die er Dawlatows an die Schläfe hielt. Ein dritter Mann in Zivilkleidung (möglicherweise ein Vernehmungsbeamter des Nationalen Sicherheitskomitees) saß auf dem Vordersitz und herrschte den Festge-

38 Vgl. Economist Intelligence Unit (EIU), Country Report Tajikistan December 2009, London, 7. Dezember 2009.

39 Vgl. Economist Intelligence Unit (EIU), Country Report Tajikistan March 2010, London, 12. März 2010.

40 BBC, Vazorati kišvari Točikiston: „Alii Bedaki kušta šud“, a.a.O. (Anm. 15).

nommenen an: „Warum hast du die Soldaten erschossen?“, „Wer hat dich damit beauftragt?“, „Wer hat deine verletzte Hand behandelt?“

Nach der Veröffentlichung und weiten Verbreitung des Videos antwortete ein Sprecher des Innenministeriums auf Anfragen der Medien, der Clip sei eine Fälschung. Die Anzeichen, die für die Echtheit des Videos sprachen, waren jedoch unbestreitbar: So war nicht nur der in dem Video mit „Ali Bedaki“ (Dawlatow) angesprochene Mann eindeutig dieselbe Person wie die, deren Leiche Anfang Januar im staatlichen Fernsehen gezeigt worden war; auch der schnurrbärtige, barettragende OMON-Offizier aus dem Video ist in mehreren Einstellungen des von der Regierung im Fernsehen verbreiteten Films zu erkennen, in denen er neben den Leichen von Dawlatow und den anderen mutmaßlichen Rebellen hockt und mit ihnen posiert.

Ein ehemaliger Befehlshaber der Opposition, Olim Odilow, der Dawlatow kannte, war sich ebenfalls sicher, dass es sich bei dem Mann, der in dem Video verhört wird, um ihn handelt. Große Nachrichtenmedien, die über Tadschikistan berichten, wie z.B. die BBC,⁴¹ sowie internationale und einheimische Experten, darunter auch hochrangige Angehörige der Sicherheitsdienste und des Außenministeriums, erklärten übereinstimmend, der Mann, der in dem Video verhört wird, sei Dawlatow. Man kann daraus schließen, dass Dawlatow – und möglicherweise auch seine sieben Gefährten – höchstwahrscheinlich Opfer einer außergerichtlichen Hinrichtung durch ein Staatsorgan Tadschikistans wurden. Obwohl viele Hinweise dafür sprechen, scheint das OSZE-Büro, das den zunehmenden Menschenrechtsverletzungen durch tadschikische Sicherheitskräfte scheinbar unkritisch gegenübersteht, versucht zu haben, diese erneute Menschenrechtsverletzung auszusitzen, ohne einen für Außenstehende erkennbaren Versuch zu unternehmen, diesen gravierenden Verstoß gegen die OSZE-Prinzipien durch Regierungsorgane, die wichtige Partner des Büros bei der Durchführung kostspieliger Grenz-, Minenräumungs- und Polizeiprojekte sind, anzusprechen.

Der Fall Dawlatow illustriert ein scheinbares Desinteresse für Menschenrechtsverletzungen in Tadschikistan seitens der OSZE. Die unkritische Akzeptanz der offiziellen Regierungsversion des Falles durch die Leitung des OSZE-Büros spricht dafür. In der jährlichen Rede des norwegischen Missionsleiters, Botschafter Ivar Vikki, vor dem Ständigen Rat der OSZE im Mai 2011 war weder von einer außergerichtlichen Hinrichtung noch von den mysteriösen Umständen des Vorfalls die Rede. Botschafter Vikkis Bericht erwähnte lediglich, Dawlatow und seine Männer seien während einer „Militäroperation“ im Januar 2011 getötet worden,⁴² womit die Lüge der tadschikischen Regierung im Wesentlichen vor den 56 Teilnehmerstaaten wiederholt wurde.

41 Vgl. BBC, Našri vidinoe dar borai „bozdošti Alii Bedaki“ [Veröffentlichung eines Videos zur „Verhaftung von Ali Bedak“], 1. Februar 2011, unter: www.bbc.co.uk/tajik/news/2011/02/110201_sq_islam_ali_bedak.shtml.

42 OSCE Office in Tajikistan, Report of the Head of the OSCE Office in Tajikistan Ambassador Ivar Vikki to the OSCE Permanent Council, 12 May 2011, PC.FR/12/11, 6. Mai 2011.

Das Büro stellte sich damit auf die Seite der Regierung, obwohl bereits drei Monate zuvor glaubwürdige Hinweise darauf aufgetaucht waren, dass Dawlatows Tod nicht die Folge einer „Militäroperation“ war, sondern dass er höchst wahrscheinlich „gefangengenommen, gefoltert und hingerichtet“⁴³ worden war. Obwohl das OSZE-Büro ein teures Feldbüro in der Region Garm, in der die Kämpfe zwischen den Regierungssoldaten und den Guerillakämpfern stattgefunden hatten, unterhält, hat es offenbar keine Untersuchungen durchgeführt, um die Wahrheit über diesen und möglicherweise ähnliche Vorfälle und Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte herauszubekommen, bzw. die Ergebnisse einer Untersuchung nicht an das BDIMR weiterzugeben (mit Ausnahme einer Zusammenstellung von Nachrichtermeldungen, die in einem „Spot Report“ online verfügbar sind). Nach Aussagen des prominenten tadschikischen Anwalts Qayyum Jusuf ist das Video, das zeigt, wie Dawlatow von Agenten der Regierung vielleicht nur Minuten oder Stunden vor seiner Hinrichtung misshandelt wird, „ein solider Beweis für Menschenrechtsverletzungen in Tadschikistan“, das dazu beiträgt, dass Tadschikistans „Ansehen in der internationalen Arena sich verschlechtert“.⁴⁴

Schlussfolgerungen

Die politische Lage und die Situation der Menschenrechte in Tadschikistan haben sich in den letzten Jahren kaum verändert oder sich sogar verschlechtert. Fortschritte in diesen Bereichen erfordern politischen Willen, Offenheit und ein angemessenes Wirtschaftswachstum. Die Anwesenheit der OSZE als externer Akteur kann beides sein: hilfreich und schädlich. Wenn die OSZE die falsche Entscheidung trifft, dass harte Sicherheit oberste Priorität hat, wenn sie die tadschikischen Behörden hofiert und gleichzeitig die Augen vor schweren Menschenrechtsverletzungen, einschließlich außergerichtlicher Hinrichtungen durch Regierungsorgane, die die Nutznießer kostspieliger OSZE-Projekte sind, verschließt, und wenn die OSZE ihren politischen Einfluss nicht dazu nutzt, sich für Reformen zugunsten der Einhaltung der Menschenrechte, ordentlicher Gerichtsverfahren, eines politischen Pluralismus und der Erfüllung der zahlreichen internationalen Verpflichtungen, die Tadschikistan eingegangen ist, einzusetzen, wird sie nicht nur ihren ursprünglichen Absichten als regionale Sicherheitsorganisation nicht gerecht, sondern schafft auch die Voraussetzungen für weitere Rechtsverletzungen und Unsicherheit und schadet ihrem Ansehen in den Augen sowohl lokaler als auch internationaler Beobachter. Auch wenn harte Sicherheit im umfassenden Si-

43 Economist Intelligence Unit (EIU), Country Report Tajikistan June 2011, a.a.O. (Anm. 10).

44 Qayyum Yusuf, Kafolati Huquqhoi ashkhosi baroi sodir kardani jinoyathoi terrorizm va ekstremizm mahkumshuda [Rechtliche Garantien für wegen terroristischer und extremistischer Straftaten Verurteilter], Presentation at the Preparatory Human Dimension Implementation Meeting, Dushanbe, 22. Juli 2011.

cherheitskonzept ihren Platz hat – woran es im Falle Tadschikistans am meisten mangelt, ist die Achtung der „dritten Dimension“, ohne die es kein demokratisches, prosperierendes und stabiles Tadschikistan geben kann.